

„Zurück zu den Regeln“

Kamingespräch, klingt gemütlich. Die Themen, zu denen der frühere bayerische Wirtschaftsminister Otto Wiesheu auf Einladung des Kreisverbandes Mühldorf der Mittelstandsunion sprach, aber nicht: Eurokrise, Staatsverschuldung, Brexit, die Politik der Europäischen Zentralbank und wie sich all das auf mittelständische Unternehmen in Bayern auswirkt. Aber Wiesheu hatte im Hellhof in Tödtentberg Lösungsvorschläge – wenngleich keine bequemen.

VON KATHARINA OBER

Aschau/Tödtentberg – Auch in den einleitenden Worten Dr. Marcel Hubers wurde deutlich, dass es einen Kontrast gibt, zwischen positiven Aussichten der bayerischen Wirtschaft, auch des Mittelstandes, und der politischen Lage in der Welt. Der Syrien-

konflikt, der weit von einer Lösung entfernt zu sein scheint, und Menschen dazu bringt, ihre Heimat in Richtung Europa zu verlassen. Aber auch extreme Wetterereignisse führten laut Huber zu Flüchtlingsströmen. Die wiederum in Europa zu Uneinigkeit führten.

„Auch Peter Rieder, Kreisvorsitzender der Mittelstandsunion, skizzierte insbesondere die Probleme innerhalb der Europäischen Union, um auf Otto Wiesheus Vortrag hinzuführen.“

„Kein Wischiwaschi! Sonst wachsen die Gegensätze!“

Otto Wiesheu über nicht tragfähiges EU-Recht

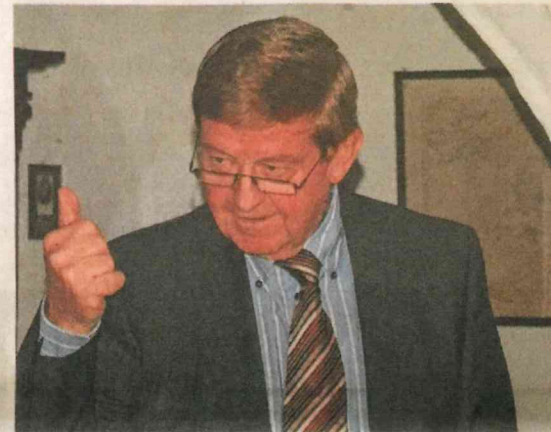
Rieder zeigte sich skeptisch, ob Griechenland im Euro gehalten werden könne. Für den Mittelstand eher vorteilhafte Freihandelsabkommen seien von der EU intransparent ausgehandelt worden, was zu Widerstand bei den Bürgern habe führen müssen. „Es gibt bestimmte Dinge, die gar nicht mehr zählen,

die aber wichtig sind“, sagte Otto Wiesheu. Staaten, die sich immer höher verschulden, seien keine Neuheit. Und obwohl es europäisches Recht gegeben habe, dies zu unterbinden, habe es schon in den Jahren vor 2005 „zu viele Verstöße“ gegeben. Ursprünglich habe es Vereinbarungen gegeben, übermäßig verschuldete Staaten nicht zu retten. „Der erste Fall hat die Moral verdorben“, lautete die Diagnose Wiesheus.

Dass inzwischen die Europäische Zentralbank (EZB) durch den Kauf von Staatsanleihen gerade auch finanziell angeschlagene Staaten stützt und versucht, die Konjunktur durch ihre Zinspolitik anzuregen, heißt Otto Wiesheu nicht für gut.

Nicht nur, weil das nicht zu den vorgegebenen Aufgaben der EZB zähle. Der CSU-Politiker skizzierte auch ein faktisches Argument. Die Geschäftsbanken hätten es durch die Käufe der EZB schwerer, ihr Geld anzulegen.

Das wiederum führe dazu, dass mehr Geld in den sogenannten grauen Kapitalmärkten angelegt werde. Und



Die Regeln sind innerhalb Europas einzuhalten, sagt der frühere bayerische Wirtschaftsminister Otto Wiesheu beim Kamingespräch der Mittelstandsunion.

über sie hätten Staaten kaum Kontrolle.

Gleichzeitig sei es wichtig, den Bankensektor nicht zu stark zu regulieren. Denn insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken – die wichtigsten Kreditgeber für den Mittelstand – würden dadurch übermäßig benachteiligt.

Den Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union skizzierte der frühere

Wirtschaftsminister als heikle Angelegenheit: Deutschland habe ein Interesse, weiterhin gute Handelsbeziehungen mit diesem Land zu führen. Aber zu große Zugeständnisse an das vereinigte Königreich trotz eines Austritts würden dazu führen, dass weitere Länder die Union verlassen wollten.

Hier trat Wiesheu dafür ein, nicht zu vergessen, dass die Bundesrepublik nach

dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der europäischen Integration profitiert habe. Die Europäische Union sei immens wichtig. Wiesheu plädierte dafür, bestehende Vereinbarungen und Gesetze der EU wieder streng einzuhalten: „Was vereinbart ist, muss gelten.“ Nicht tragfähiges Recht müsse Europa mit seinen demokratischen Mitteln ändern. „Kein Wischiwaschi! Sonst wachsen die Gegensätze!“

In der anschließenden Diskussion wies Ilse Preisinger-Sontag darauf hin, dass auch Deutschland vom Kauf von Staatsanleihen durch niedrige Zinsen profitierte – wie fast alle EU-Länder. Deshalb sei fraglich, wer darauf pochen könne, dass sich die Zentralbank von dieser Politik verabschiedet. Otto Wiesheu, stimmte ihr zu.

Seiner Meinung nach, könne aber eine langfristige Betrachtung helfen, zum Recht zurückzukehren. Denn wenn die Regeln innerhalb der EU nicht eingehalten würden, spiele dies langfristig antieuropäischen Kräften in die Hände. Und das gelte es zu verhindern.